

Gespräch mit den Initiatoren des Bürgerbegehrens zum Erhalt des Schlossparks

Wir werden das knacken!



Wenige Tage vor dem 8. Juli 2003, als der Rat der Stadt mit der Stimme des Oberbürgermeisters den Beschluss fasste, den Schlosspark mit einem Einkaufsparkhaus zu bebauen, dem teilweise eine Attrappe der Schlossfassade vorgehängt werden soll, reichten drei Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger, die Chefredakteurin der Umweltzeitung, Nicole Palm, der Rechtsanwalt Knut Meyer-Degering und der Architekt und Vizepräsident der TU, Prof. Berthold Burkhardt ein Bürgerbegehren mit dem Ziel

ein, den Schlosspark in seinen wesentlichen Teilen zu erhalten. Dieser Tage werden die Initiatoren voraussichtlich über 30.000 Unterschriften, deutlich mehr als für einen Bürgerentscheid notwendige Quorum von zehn Prozent der kommunalwahlberechtigten Braunschweiger (19.388) der Stadtverwaltung vorlegen. Im Gespräch mit der Umweltzeitung erläutern die Initiatoren ihre Beweggründe für ihre Vorgehen und bewerten den bisherigen Verlauf des Bürgerbegehrens.

Umweltzeitung: Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sind neue Instrumente in der niedersächsischen Kommunalpolitik. Frau Palm, Herr Meyer-Degering, Herr Prof. Burkhardt – Ihr Bürgerbegehren Schlosspark Braunschweig ist das erste Bürgerbegehren in der Geschichte Braunschweigs. Sind Sie mit dem bisherigen Verlauf zufrieden?

Burkhardt: Wir sind in der Tat zufrieden. Sehr viele Bürger Braunschweigs betrachten das als eine wichtige und lohnende Aktion. Darüber hinaus erhalten wir, wenn auch verhalten, bereits Reaktionen.

Meyer-Degering: Die große Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger aus den unterschiedlichsten Bereichen und politischen Richtungen die Sammlung der Unterschriften zu unterstützen hätte ich nicht erwartet. Die Unterschriftslisten haben sich ohne große Organisation lauffeuerartig in Braunschweig verbreitet.

UWZ: Sie erwähnten Reaktionen. Welcher Art waren diese?

Burkhardt: Bei der Stadt hat man während der letzten Bürgerinformation angekündigt, man wolle einen Ersatz für den Schlosspark in der Innenstadt nachweisen. Das ist eine Reaktion, die an und für sich neu ist. Wenn das auch inhaltlich eine etwas fragwürdige Geschichte ist, denn wo soll in der Innenstadt eine Grünfläche in der Größe oder Qualität gefunden werden?

Palm: Man sieht auch Reaktionen der Bürger. Wir haben viele Anrufe bekommen von Bürgern, die fragten: „Was können wir machen, wie können wir unterstützen?“

Meyer-Degering: Positive Anerkennung erfahren wir aus der gesamten Bevölkerung. Die Stadt ist offiziell nur über das Wahlamt an uns herangetreten, das uns gleich zu Beginn nach

der Anzeige des Bürgerbegehrens mitgeteilt hat, dass dieses nach erster verwaltungsinterner Prüfung unzulässig sei.

UWZ: *Wie haben Sie sich zusammengefunden?*

Meyer-Degering: Ich hatte einen Leserbrief an die Braunschweiger Zeitung geschrieben, der auch als Kommentar in einer Sonderausgabe des Schaufensters veröffentlicht wurde. Anschließend kamen meine Mitstreiter mit der Idee des Bürgerbegehrens auf mich zu.

UWZ: *Ihnen wird oft entgegengehalten, Ihr Bürgerbegehren sei zu spät gekommen. Warum haben Sie erst relativ spät das Begehren angezeigt, wären Sie besser früher gestartet?*

Meyer-Degering: Wir haben rechtzeitig vor dem Aufstellungsbeschluss zur Schlossparkbebauung unser Bürgerbegehren angezeigt. Die Stadt suggeriert mit Unterstützung der Tagespresse fälschlicherweise, das bezüglich der Schlossparkbebauung bereits alles entschieden sei.

Burkhardt: Intensiv befasst haben wir uns damit schon lange vor dem Ratsbeschluss. Schon allein die Einstimmenmehrheit zeigt, dass die ganze Entscheidung sehr kippelig ist. Ich habe einfach etwas naiv geglaubt, dass in diesem Stadtrat die Vernunft obsiegt. Doch als sich die Fronten so verhärteten, war es an der Zeit, zum nächsten Mittel zu greifen. Das Bürgerbegehren ist für mich die letzte Möglichkeit, Bürgerprotest zu artikulieren. Es gibt die Bürgerbefragung, wo ein Rat die Bürger ohne jede rechtliche Bindung fragen kann, wie sie zu einem Projekt stehen. Das wurde von vielen Seiten angeregt, aber nicht genutzt.

Palm: Der Entscheidungsfindungsprozess, in dem es keine Informationen und keine Transparenz gab, hat gezeigt, dass hier in Braunschweig momentan nicht mehr viel Demokratie vorhanden ist. Die Ratsherren und -frauen entscheiden extrem nach Fraktionszwang. Wir sind als Bürger nicht damit einverstanden, wir wollen Entscheidungen, die nach Argumenten getroffen werden und nicht, weil man sich aufgrund einer Parteizugehörigkeit nicht anders entscheiden kann.

UWZ: *Rechnen Sie damit, dass der Verwaltungsausschuss das Bürgerbegehren für unzulässig erklärt? Oder wird man dort zunächst versuchen, die Zahl der gültigen Unterschriften unter die Zehn-Prozent-Marge zu drücken?*

Meyer-Degering: Ich bin guter Hoffnung, dass der Verwaltungsausschuss bei genauer Prüfung der Sach- und Rechtslage bestätigt, dass das Bürgerbegehren zulässig ist. Die Gültigkeit der Stimmen muss genau geprüft werden. Schließlich soll ein Bürgerentscheid herbeigeführt werden, der die gleiche Wirkung wie ein Ratsbeschluss hat. Da muss alles korrekt überprüft werden.

Palm: Die Frage der Zulässigkeit ist meines Erachtens verwaltungsseitig schon beantwortet. Da gibt es eine vorgefasste Meinung, die Herr Hoffmann und Herr Kuhlmann formuliert haben. Da wird man sich mit der Prüfung nicht viel Zeit lassen.

Burkhardt: Wir haben deutlich mehr Unterschriften als notwendig gesammelt. Wir haben gezeigt, wir sind nicht ein paar einzelne Unverbesserliche, sondern hinter uns steht eine große Zahl besorgter Bürger dieser Stadt. Man wird bei der Stadtverwaltung, denke ich, zuallererst die Sache für nicht zulässig erklären mit Bezug auf die Niedersächsische Gemeindeordnung, in der geschrieben steht, dass Bürgerbegehren in Bezug auf Bebauungspläne nicht zulässig sind – eine Verschärfung im Übrigen, die es nur in Niedersachsen gibt.

UWZ: Werden Sie den gerichtlichen Weg bis zum Oberverwaltungsgericht durchschreiten?

Meyer-Degering: Sollte tatsächlich der Verwaltungsausschuss das Bürgerbegehren für unzulässig erklären, dürfte bereits eine Klage beim Verwaltungsgericht Braunschweig Erfolg haben. Ansonsten müssen wir im Instanzenzug weitergehen. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern, die das Bürgerbegehren so zahlreich unterstützen, schuldig.

UWZ: Es wird oft die Frage gestellt, warum sagen Sie, wir wollen den Schlosspark erhalten, warum sagen Sie nicht, wir sind gegen die ECE-Mall?

Meyer-Degering: Wir sind für den Erhalt der grünen Seele der Stadt und damit generell gegen eine Bebauung des überwiegenden Teils des Schlossparks – egal, was dort gebaut wird, ob Kino, Musicaltheater, Wissenschaftszentrum oder Spielhalle.

Burkhardt: Braunschweig ist historisch betrachtet eine steinerne Stadt. Die steinere historische Stadt kann nicht begrünt werden. Deshalb sind der Wall und der Schlosspark von eminenter Bedeutung. Da kann man nicht argumentieren: Fahrt 20 Minuten in den Harz, dann seid ihr im Grünen. Es geht um das, was sich hier in der Stadt selbst befindet, und das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

Die Argumentation, ihr schiebt da etwas vor, die ist im höchsten Maße unlogisch. Denn wenn ich sage, ich will etwas erhalten, dann lehne ich natürlich alles ab, was das zerstört. Das ist ECE, ein Shoppingcenter oder auch ein Konzerthaus, was neulich auch in die Debatte gebracht wurde.

Palm: Wir sprechen uns nicht gegen Investitionen von ECE in Braunschweig aus. Es gibt sehr viele Leerstände in der Innenstadt, Schlosspassage, alte Hauptpost etc. Es wäre vorrangig, Investoren für diese Objekte zu finden. Und wenn ein Investor wie ECE da ist, warum bietet man ihm nicht diese Flächen an? Wir sollten versuchen, Leerstände und bestehende Bausubstanz zu nutzen, bevor wir eine Grünfläche bebauen.

Burkhardt: Ich halte es für einen kommunalpolitischen Offenbarungseid, wenn man sagt, ich werde mit einer Innenstadt nicht fertig, die zu schwierig zu sanieren ist und man reagiert darauf, indem man sagt, dann baue ich eben ein neues Zentrum aus der Retorte daneben. Eine sinnvolle ökologische und wirtschaftliche Struktur braucht die gesunde Mischung und verträgt keinesfalls diese überdimensionierte Großstruktur, wie Sie die Mall bringt. Ich habe von einem Projekt in Bonn gehört, wo sich zwischen Bahnhof und Innenstadt ein sehr desolates Gelände befindet. Das hat der Stadtbaurat, ein Herr Brommer, übrigens ehemals in Wolfsburg tätig, mit verschiedenen Investoren entwickelt. In Bonn ist ECE nicht zum Zuge gekommen, sondern ein Investor, der versucht, ein offenes System mit gemischten Angeboten zu realisieren. Interessant ist, dass der Investor hat akzeptiert, dass dort Bürger mit beratender Stimme dabei sind. Das kostet etwas Mühe und etwas Zeit, entspricht aber durchaus unseren Vorstellungen. Ein Schlusssatz zum Schloss: Die Schlossbefürworter entledigen sich jetzt durch die Schlossattrappe ein für allemal der Möglichkeit, das Schloss wiederaufzubauen.

UWZ: Denken Sie, dass der Bürgerentscheid das Projekt noch kippen kann?

Meyer-Degering: Wir meinen, dass wir bei einem Bürgerentscheid eine Mehrheit für den Erhalt des Schlossparks gewinnen können.

Burkhardt: Wenn sich ein Oberbürgermeister selbstherrlich verhält, müssen Rat und Bürger aufwachen und fragen: „Was geschieht da?“. Es gibt da optimistische und pessimistische Meinungen, ich bin optimistisch, ich bin der Meinung, wir knacken das hier. Ich habe zwar noch nie zuvor ein Bürgerbegehren beantragt, war aber schon in vielen Bürgerinitiativen tätig

und wenn man eine Erfolgsquote von Fünfzig zu Fünfzig hat, dann ist da ja nicht allzu schlecht.

Das Gespräch führte Stefan Vockrodt.